

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

274 (16.6.1919) Abendausgabe

Trotz dieser Mäßigung wurde Cohen von verschiedenen Rednern sehr scharf angegriffen. Man warf ihm vor, daß er seinerzeit für den unehelichen U. - Booskrieg eingetreten sei und mit seiner Idee der kontinentalen Politik vollständig Schiffbruch erlitten habe und daß er auch heute wieder die alte Rolle spiele, mit großer Geste auf verpackte Gelegenheiten hinzuweisen. Die Anhänger der Regierungsvorlage bedauerten, daß die kommunalen Arbeiterräte durch den Ertrag der Regierung in ihren Funktionen beschränkt würden. Da es den kommunalen Behörden anheimgestellt sei, ob sie die Kontrolle von Arbeiterräten wollten oder nicht, so hätten gerade die reaktionär gesinnten Kommunalbehörden die Kontrolle abgelehnt.

In einer längeren Rede nahm der Reichsarbeitsminister Bauer zur Rätefrage Stellung. Bekanntlich wollen die Freunde von Einheimern die Wirtschaftsräte nicht nur aus Arbeitern und Unternehmern, sondern auch aus Anhängern der freien Berufe zusammensetzen. Dagegen wandte sich Minister Bauer und vertat den Entwurf der Reichsregierung, der die wirtschaftliche Selbstverwaltung einzig auf Arbeiter und Unternehmer zu beschränken versucht. Bauer trug vor, daß der Parteitag über die Rätefrage keine bestimmten Beschlüsse fassen soll, daß sowohl die Anträge von Einheimern, wie die von Cohen dem Parteivorstande zur Weiterberatung überwiesen würden. Bei der Erörterung der Frage, inwieweit die Betriebsräte an den Bestimmungen über Eingriffe und Kündigung teilzunehmen haben, gab der Reichsarbeitsminister zu, daß das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte eine große Gefahr enthalten könne, wenn nicht ausdrücklich im Gesetz festgelegt würde, daß politische und religiöse Gesichtspunkte für Ablehnung eines Arbeiters oder Angestellten durch den Betriebsrat nicht maßgebend sein dürften. Auch könnten die Unabhängigen und die Kommunisten gleich eine Diktatur in den Betrieben erlangen. Inwiefern diese in ihrer freien Bewegung leicht behindert werden können.

Es sei ausgeschlossen, den Betriebsräten dieselben Befugnisse einzuräumen, wie sie die Besitzer und Leiter der Betriebe haben. Auch bei sozialisierten Betrieben muß man eine Betriebsleitung haben, die von der Gemeinde oder vom Reich eingeseht ist. Das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte erstreckt sich hauptsächlich auf den Arbeiter und alle wesentlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten. Von jeder Anstellung ist der Betriebsrat vorher in Kenntnis zu setzen. Sie können Widerspruch erheben, wenn dadurch allgemeine wirtschaftliche Interessen des Betriebes selbst verletzt werden. Der Arbeitgeber hat das Recht zur Kündigung. Der Gesandigte kann, wenn er sich benachteiligt fühlt, den Betriebsrat anrufen.

Das deutsch-schweizerische Abkommen.

— Berlin, 15. Juni. Zu dem Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz wird von zuständiger Stelle erklärt: Der Abschluß dieses neuen Wirtschaftsabkommens wird in Deutschland allgemein mit Genugtuung begrüßt werden, bietet es doch einen neuen Beweis für die guten Beziehungen zu unserem Nachbarstaat und die engen beiderseitigen Wirtschaftsinteressen, die trotz der schwierigen Lage, in der sich Deutschland augenblicklich befindet, einen Ausgleich ermöglicht haben, der beide Teile befriedigen kann.

Hoffentlich wird dieses Abkommen unseren Arbeitern als weiterer Ansporn dienen, alles daran zu setzen, um durch rastlose Arbeit unsere Produktion so zu fördern, daß wir unseren Zusagen in dem Vertrag auch gerecht werden können. Denn auch dieser Vertrag zeigt, daß wir nur dann Aussicht haben, Lebensmittel aus dem Auslande zu erhalten, wenn wir selbst durch unserer Hände Fleiß die Werte schaffen, die das Ausland als Gegenleistung verlangt und ohne die es nicht gewillt ist, uns Unterstützung zu gewähren. Wie wir hören, soll bereits mit der Lieferung von Kali und Kohle nach der Schweiz begonnen sein, so daß wir auch die schweizerischen Zusagen, vor allen Dingen die uns so nötige Milch und Milchzeugnisse bald erwarten können.

Zur Lage im Osten.

Die Räumung im Osten.

— Königsberg, 14. Juni. Die Räumung von Ostpreußen durch deutsche Truppen hat weitere Fortschritte gemacht. Aus der Frontlinie sind die deutschen Truppen fast an allen Stellen zurückgezogen. Der Abtransport verschiedener Formationen ist durchgeführt. Auch die Materialabtransporte werden trotz der bestehenden Schwierigkeiten weitergeführt.

Zum Vorgehen der Polen.

— Berlin, 14. Juni. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: In der Nacht vom 10. zum 11. Juni sind die Eisenbahnüberbauten der Brücken bei Marlowitz an der Strecke Randrin-Rattbor, in der Nacht vom 11. zum 12. Juni die Eisenbahnüberbauten eines Bauhofes auf der Strecke Rosel-Neiße und Rosel-Polnisch-Neutitz, sowie die Eisenbahnüberbauten auf der Malapane-Hutbrücke auf der Strecke Oppeln-Breslau gesprengt worden. In der Nacht vom 11. zum 12. Juni wurde auf der Strecke Kreuzberg-Kempen zwischen den Bahnhöfen Lenta und Costan ein offener Durchschlag von polnischer Hand gesprengt, wodurch die Gleise Kempen-Kreuzburg zerstört wurden. In der Nacht vom 13. zum 14. Juni wurde an der Strecke Kempen-Namslau die Brücke einen Kilometer südlich Baranow gesprengt. Zur Ermittlung der Täter sind für jeden Einzelfall 100 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden. Militärische Maßnahmen zur Sicherung gegen weitere Eisenbahnabotage sind getroffen worden.

Zu den Schwierigkeiten mit der Armee Gallier.

— Berlin, 15. Juni. Auf den Brief, den dieser auf die beunruhigenden Meldungen von der deutsch-polnischen Demarkationslinie hin an den Chef der französischen Militärmission in Berlin, General Dupont, am 12. Juni gerichtet hat, hat Dupont am 14. Juni geantwortet, daß die Transporte wieder aufgenommen seien. Der hauptsächlichste Behälter, d. h. die Richtsaurückgabe des leeren Materials, sei dadurch behoben, daß seit dem 14. Juni vier Bezüge von Polen nach Deutschland zurückkehrten.

Bezüglich der Verwendung der Division Gallier gegen eine deutsche Front habe Dupont sofort nach Warschau telegraphiert, um Erklärungen Standpunkt mitzuteilen, desgleichen nach Spa, um von den mündlichen Verpflichtungen, die der Marschall Erzberger gegenüber eingegangen sei, Kenntnis zu bekommen. Die Antwort werde er sofort mitteilen.

Eine polnische Kundgebung.

— Berlin, 14. Juni. (B. V.) Das polnische General-Kommissariat in Polen läßt unter der deutschen Beherrschung des Ostens, vor allem unter der Beamtenhaft, ein Flugblatt folgenden Inhalts massenhaft verbreiten:

„Deutsch! Trotz der Drohungen, die von Euch kommen, bieten wir Euch den Frieden an. Leben und Eigentum eines jeden sind gewährleistet. Auch soll jeder im Amte bleiben, der sich bisher politisch maßvoll (1) benommen hat. Sollte von Euch jedoch Gewalt gegen die polnische Bevölkerung unternommen werden, so haßt dafür das deutsche Völkchen in den Provinzen Polen und Westpreußen. Dann müßt ihr befehlen: Wie Du mir, so ich Dir!“

Dazu wird von zuständiger Stelle bemerkt: „Noch Versprechen und wilde Drohungen zugleich, Sudekrot und Reichs-Riesendamm, wir wissen ja alle aus historischen wie aus aktuell-praktischen Erfahrungen, wie rüchloslos das Polentum die Angehörigen anderer Nationen benutzte, die seiner Macht ausgeliefert sind.“

Kommunistische Putzversuche in Wien.

Sch. Wien, 16. Juni. (Privat.) Der Versuch eines Putzes zur Herbeiführung der Räterepublik in Wien ist mißglückt. Das Staatsamt hat mehr als 40 Verhaftungen hervorragender Kommunisten verfügt. Darunter sind eine Anzahl Russen. Bei den blutigen Zusammenstößen bei einer Kommunistenversammlung hat es 8 Tote gegeben. Eine Anzahl Kommunisten sind in die Gefängnisse eingeliefert worden.

Wien, 15. Juni. Wiener Korr.-Bur. Gegen 7 Uhr abends begannen sich auf dem Schuplab der Zusammenstöße die zurückgebliebenen Gruppen zu zerstreuen. Ein Teil zog nach zum Rathaus, vor dem er sich eine Zeitlang aufhielt, um sich schließlich aufzulösen. Allmählich wurden die Wagen und die Kolonnen bis auf einzelne Patrouillen eingezogen. Unter den Verletzten befinden sich acht Handelsangestellte, drei Schüler und zwei Invaliden. Einige Schwerverletzte sollen ihren Wunden erliegen sein.

Ungarischer Landestag.

— Budapest, 15. Juni. (Ang. Korr.-Büro.) Die erste Tagung des Landestages der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte Ungarns wurde heute im Stadttheater feierlich eröffnet. Der Präsident der Räteregierung, Alexander Garbai, erklärte in der Eröffnungsrede, das Proletariat sei zur Herrschaft gelangt und über die Diktatur gegenwärtig eine Klassenherrschaft aus. Diese sei aber nur eine Ubergangserscheinung und bezwecke die Abschaffung jeglichen Klassenunterschieds. Den Kapitalismus könne man nie mehr zurückbringen.

Hierauf folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Gäste. Dem Armeekommandanten Böhm wurden große Ovationen bereitet. Er begrüßte im Namen der Roten Armee den ersten Sowjetkongress und sagt, über die Rote Armee habe er nur soviel zu berichten, daß außer der russischen Roten Armee auf der ganzen Welt kein disziplinierteres, selbstbewußteres und kampfbereiteres Heer sei, als die ungarische Rote Armee. Die internationale Gegenrevolution erachte die Zeit für gekommen, die ungarische Räterepublik angreife, Rumänen, Tschechen, Meger und Zulufer hätten sich im Namen der Kultur verbündet, um die Kultur der Arbeiterschaft in den Staub zu treten. In diesem Kampf auf Leben und Tod werde jeder Proletarier teilnehmen und den Angriff zurückschlagen.

Zu förmlichen Ovationen kam es, als der Volksbeauftragte für Auswärtiges, Bela Kun, die Rednertribüne betrat, die Proletarierrevolution feierte und in erster Reihe an das französische Proletariat appellierte. Er verlas den an das französische Proletariat zu richtenden Aufruf, worauf er unter förmlicher Begeisterung hinzufragte: Man wird uns nicht in unserem Blut erstickend; im Gegenteil, wir werden diejenigen im Blut erstickend, die die ungarländische Räterepublik erdroffen wollen. Zum Schluß sprach er die Dröher der Marxillaise, womit die erste Landesbewegung ihr Ende erreicht hatte.

Ungarn und Tschechen.

— Budapest, 14. Juni. Das Ung. Tel.-Korr.-Bur. meldet: Unter der Einwirkung ihrer Niederlage räumten die Tschechen das Sarosier und Zempliner Komitat ganz, sowie den nördlichen Teil des Ungar-Komitats.

Die Geschehnisse im Reich.

Ein Dementi.

— Berlin, 14. Juni. Der preussische Ministerpräsident Hirth überreicht uns folgende Erklärung: Durch die Presse geht eine Mitteilung des Berliner Vertreters des „Daily Herald“, wonach ich zu ihm gesagt haben soll, ich hätte Beweise dafür, daß von gewissen deutschen Kapitalisten 10 Millionen Mark für Propaganda zu Gunsten eines französischen Protektors über die Rheinlande bezahlt worden seien, die von der französischen Militärbehörde amtlich unterstützt würde. Es liegt mir daran, festzustellen, daß ich das weder dem Sinn noch den Worten nach gesagt, und auch nicht einmal angedeutet habe. Wie der Vertreter des genannten Blattes, mit dem ich lediglich über seine und meine Eindrücke aus dem Osten unterhalten habe, mir eine solche Äußerung in den Mund legen konnte, ist mir völlig unverständlich.

Der Hanfa-Bund zum Gesekentwurf über „Betriebsräte“.

— Berlin, 15. Juni. In einer Präsidialanfrage des Hanfa-Bundes wurde zum Gesekentwurf über Betriebsräte folgende Entschliebung gefaßt:

„Der Hanfa-Bund ist von der Notwendigkeit durchdrungen, die Frage der Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gesetzlich zu regeln, vertritt jedoch die Ansicht, daß der Gesekentwurf über „Betriebsräte“ nur gleichzeitig mit der Arbeitsminister ausdrücklich angeforderten Vorlage der Gesamtregelung des sogenannten Räteystems verabschiedet werden kann. Der Hanfa-Bund erhebt dagegen Einspruch, daß einzelne Teile der zukünftigen Gesamtordnung jetzt vorweggenommen und damit eine einheitliche Stellungnahme zum Gesamtproblem unmöglich gemacht wird. Einer solchen Gesetzgebungstechnik, die übrigens nur dazu dienen kann, Unsicherheit und Unzufriedenheit bei allen Beteiligten hervorzurufen, muß der Hanfa-Bund grundsätzlich widersprechen.“

Aus der demokratischen Partei.

— Weimar, 14. Juni. (Priv.) Die demokratische Fraktion hielt gestern und heute eingehende Besprechungen über die gesamte politische Lage ab, in der auch zu der Friedensfrage Stellung genommen wurde. Im Laufe der Debatte kam man zu der Auffassung, daß die Partei durch die bisherige Haltung der „Vossischen Zeitung“ Schaden erleiden könne, wenn nicht offen verkündet würde, daß das Blatt mit der Partei in keinem näheren Zusammenhang stehe. Man hat den Beschluß gefaßt, die Vertreter der „Vossischen Zeitung“ von den offiziellen Besprechungen mit der demokratischen Presse auszuschließen.

Der deutsche Hilfskreuzer „Berlin“.

— Christiania, 14. Juni. Der deutsche Hilfskreuzer „Berlin“ ist heute hier eingetroffen. Das Schiff hat alles, was es bei der Desarmierung an die norwegische Behörde ausliefern mußte, zurückgegeben und geht heute abend oder morgen nach Deutschland in See.

Die bayerischen Gemeindevahlen.

— München, 16. Juni. (Priv.-Tel.) Bei stark beeinträchtigter Wahlbeteiligung ergaben bei den Münchener Gemeindevahlen die Vereinigte Liste des Zentrums, liberale Bürgerpartei (Mit-Liberale und Konservative) und die Hausbesitzer 77 981 Stimmen, die Liste der Unabhängigen 77 284 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 45 559 und der Deutsch-Demokraten 34 474 Stimmen. Danach erhalten von den Stadtratsitzen das Zentrum und die Vereinigten Bürgerlichen 18, die Unabhängigen 17, die Mehrheitssozialisten 10 und die Deutsch-Demokraten 5 Sitze. Bei den Wahlen zu den 4 Bürgermeistern erzielten die Sozialisten 78 477, Schriftsteller Rüd. Schmidt (Unabh.) 77 257, Redakteur Ed. Schmidt (Mehrheitssozialist) 45 671 und Rechtsrat Dr. Konrad (Deutsch-Demo-

trat) 34 609 Stimmen. Sie sind in dieser Reihenfolge gewählt. Die Wahl der Berufsbürgermeister findet erst in einem Monat statt. — U. Nürnberg, 16. Juni. (Privat.) Bei den Stadtwahlen wurde bis 10 Uhr abends gewählt. Die Mehrheitssozialisten erhielten 53 000, die Unabhängige sozialistische Partei 31 000, Deutsch-demokratische Partei 30 000, Mittelpartei 8000, Bayerische Volkspartei 12 000, alte demokratische Partei 2000 Stimmen. Nach diesen erhalten die Mehrheitssozialisten 18—19 Sitze, Unabhängige sozialistische Partei 11—12 Sitze, Deutsch-demokratische Partei 11 Sitze, Mittelpartei 5 Sitze, Bayerische Volkspartei 4 Sitze und alte demokratische Partei 1 Sitze.

Die Abpflitterungsversuche in der Pfalz.

Ein offener Brief an General Gerard.

— Mannheim, 15. Juni. Chefredakteur Alfred Scheel, der Vorsitzende des Landesverbandes badischer Redakteure, hat in der von ihm geleiteten „Neuen Bad. Landeszeitung“ einen offenen Brief an den kommandierenden General der französischen Besatzungstruppen in der Pfalz, General Gerard, über die Abpflitterungsversuche der Franzosen in der Pfalz gerichtet. Es heißt darin: „Die Politik, die Sie bisher in der Pfalz, deren militärische Verwaltung Ihnen unterstellt ist, getrieben haben, ist ein gründlicher Fehler im Hinblick auf die von Ihnen öffentlich bekundete Absicht, das Wohl der Pfalz zu fördern, im Hinblick auf Frankreichs Interesse und im Hinblick auf das hohe Ziel der Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen den Nationen überhaupt.“

„Es ist nicht weise, wenn mit List, durch das Versprechen wirtschaftlicher Vorteile, und es ist nicht gerecht, wenn mit Zwang, die Unterdrückung der freien Meinung, versucht wird, die Pfälzer dem deutschen Volk zu entfremden. Diese Politik, mag sie in der Form lediglich ökonomischer Annäherung ohne tatsächliche Umwandlung aber in der Form der Errichtung einer neutralen Republik betrieben werden, hat nur einen Sinn, wenn ihr Ziel ist, die Pfalz wie das übrige linksrheinische Gebiet, früher oder später ganz unter den politischen Einfluß Frankreichs zu bringen. Das kann nicht gelingen, Herr General, und darum ist diese Politik in ihrer Anlage verfehlt. Es handelt sich auf dem linken Rheinufer um deutsches Land, um deutsche Volksstämme, welche gegenwärtig die Befragung durch die Alliierten ertragen und nach den Bedingungen des Friedensentwurfs noch länger ertragen sollen. Die Pfälzer, wie jene anderen Volksstämme, wollen deutsch bleiben. Wenn der entsetzliche Krieg eine Lehre gegeben hat, so ist es die, daß kein Volk sich wider seinen Willen aus seinem eigenen Kulturzusammenhang losreißen läßt, und daß das nationale Gefühl stärker ist als ökonomischer Vorteil und äußere Zwang.“

Vermischtes.

— Innsbruck, 11. Juni. Infolge der Schneeschmelze und heftiger Gewitterregen ist der Inn an einzelnen Stellen aus den Ufern getreten. In Schwaz sind einzelne Stadtteile einen halben Meter hoch überschwemmt. In Rattenburg wurden zahlreiche Keller unter Wasser gesetzt.

Deutsche Ferienkinder in Norwegen.

— Christiania, 14. Juni. Heute abend 8 Uhr traf der erste große Transport deutscher Ferienkinder hier ein. Es waren im ganzen 530 Kinder. Der Zug fuhr auf den Hofensgleisen direkt nach dem Saal der Festungsturnhalle, wo der Empfang stattfand. Die Kinder wurden zunächst ärztlich untersucht. Darauf wurde ein Teil von ihnen von den norwegischen Familien abgeholt, bei denen sie Unterkunft finden sollen. Die übrigen wurden für die Nacht in der Festungsturnhalle untergebracht.

Neue Flugverträge.

— Braunschweig, 16. Juni. Gestern abend fuhr nach 7 Uhr der erste Transport Braunschweiger Flugplatz ein. Er bestand aus 10 Personen, darunter 2 Damen an Bord, und überflog, wie die „Braunschw. Landeszeitung“ meldet, in nur 300 Meter Höhe den Brocken. Die Gesamtanreise des Fluges betrug 1 Stunde 15 Minuten.

— Paris, 16. Juni. „Petit Journal“ meldet, daß der französische Fliegerleutnant Gafale vorgestern in Isles-Mouton einen neuen Höhenweltrekord mit 10 100 Metern aufstellte. Der gefamte Flug dauerte eine Stunde 55 Minuten.

— London, 16. Juni. Das Reutersche Bureau meldet amtlich, daß das zum Ozeanflug in Newfoundland geartete Flugzeug gestern morgen um 9 Uhr 40 Minuten (Brit. Sommerzeit) in Clifden (Irland) gelandet ist. Der Flug über den Ozean hat 16 Stunden, 12 Minuten gedauert.

Die Streikbewegung.

— Prag, 14. Juni. Wie deutsche Blätter aus Tepitz und Gabelon melden, hat der Tag des Generalstreiks in allen deutschen böhmischen Städten zu einer vollständigen Einstellung der Arbeit geführt. Den bisherigen Meldungen zufolge, nimmt der Streik fast überall einen völlig ruhigen Verlauf.

Die Ausstände in Frankreich.

— Genf, 16. Juni. (Privat.) Der Streik in Paris ist durch Vermittlung Clemenceaus jetzt beigelegt. Am Dienstag wird die Arbeit im ganzen Lande wieder aufgenommen. Die sozialistische Presse in Paris bekräftigt mit Entschiedenheit die Angaben deutscher Berichtserstatter in Versailles, daß der Streik politische Bedeutung gehabt oder mit den Friedensverhandlungen in Verbindung stand. — Paris, 16. Juni. Die Metallarbeiter haben den Streik erklärt.

Der Streik in Italien.

— Bern, 15. Juni. Gestern wurde versucht, in Mailand den Generalstreik zu erklären. „Popolo d'Italia“ schreibt, daß die Ursache des Ausstandes mit der Besetzung der Frau Rosa Luxemburg zusammenhänge. Zwischenfälle seien nicht eingetreten. „Secolo“ meldet, daß der Generalstreik in Rom fortbauere und daß anlässlich der Beerdigung von Rosa Luxemburg in Turin der Streik erklärt wurde. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Arbeitern, wobei es einige Verwundete gegeben haben soll. Die Menge hat das Lied „Tod dem Könige!“ gesungen. Der Streik soll heute noch andauern. Aus Carrara und anderen Orten wird ebenfalls Streik gemeldet. In Spezia wurden von der Menge einzelne Geschäfte erbrochen, als Protest gegen die Teuerung.

Streik von Schiffs-Stewards!

— Amsterdam, 14. Juni. Nach englischen Zeitungen vom 12. sind in dem Schiffsverkehr zwischen England, den Vereinigten Staaten und Canada Störungen eingetreten, weil die Schiffs-Stewards streiken.

Nom Streik in Kanada.

— Amsterdam, 14. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge meldet die „Times“ aus Vancouver: Das Manifeft, das der Streikauschuß veröffentlichte, zeigt deutlich die Absicht, eine Sowjetregierung zu errichten.

